

AUSZUG
AUS DEM WORTPROTOKOLL

der 44. Sitzung der
XIX. Gesetzgebungsperiode

des
Burgenländischen Landtages

Donnerstag, 12. März 2009

10.09 Uhr - 23.55 Uhr

Tagesordnung

1.

2.

3.

4.

5.

6. *Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen zugestimmt wird*

7.

8.

9.

10.

11.

12.

Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 1044), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen zugestimmt wird (Zahl 19 - 648) (Beilage 1090)

Berichtersteller: Willibald Stacherl (S. 7105)

Redner: Maga. Margarethe Krojer (S. 7105), Ilse Benkö (S. 7110), Mag. Werner Gradwohl (S. 7113) und Erich Trummer (S. 7114)

Annahme des Beschlussantrages (S. 7116)

6. Punkt: Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Beschlussantrag (Beilage 1044), mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen zugestimmt wird (Zahl 19 - 648) (Beilage 1090)

Präsident Walter Prior: Wir kommen nun zum 6. Punkt der Tagesordnung, dem Bericht des Rechtsausschusses und des Umweltausschusses über den Beschlussantrag, Beilage 1044, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über

Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen zugestimmt wird, Zahl 19 - 648, Beilage 1090.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Stacherl.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Ich bitte um Ihren Bericht Herr Abgeordneter.

Berichterstatter Willibald Stacherl: Herr Präsident! Hohes Haus! Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss haben den Beschlussantrag, mit dem der Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen zugestimmt wird, in ihrer 13. gemeinsamen Sitzung am Mittwoch, dem 4. März 2009, beraten.

Ich wurde zum Berichterstatter gewählt.

Nach meinem Bericht stellte ich den Antrag, dem Landtag zu empfehlen, dem gegenständlichen Beschlussantrag die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Bei der anschließenden Abstimmung wurde der von mir gestellte Antrag ohne Wortmeldung einstimmig angenommen.

Der Rechtsausschuss und der Umweltausschuss stellen daher den Antrag, der Landtag wolle folgenden Beschluss fassen:

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG zugestimmt.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Berichterstatter. Frau Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer ist als erste Rednerin zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist halt immer ganz gut, wenn hier Aussagen getätigt werden und die überprüft man dann. Und dann kommt man darauf, dass hier Aussagen getätigt werden, die einfach nicht stimmen und ich möchte das jetzt auch im Nachhinein korrigieren.

Der Kollege Knor hat sich heute wieder bemüht, unseren grünen Kollegen Rudi Anschöber herzutieren und hat also gemeint, dass das Oberösterreichische Objektivierungsgesetz so schwach ist und so schlecht ist und weiß Gott was.

Ich möchte nur hier der Vollständigkeit halber erwähnen - zur Richtigstellung -, dass es ein Regierungsübereinkommen in Oberösterreich zwischen ÖVP und Grünen gibt, wo drinnen steht, dass die vollständige Umsetzung der Empfehlungen des Landes-Rechnungshofes im Hinblick auf die Evaluierung der Objektivierung-Neu und die Umsetzung - es wurde vereinbart, dass die Empfehlungen des Rechnungshofes, denen man nachkommen wird - und der Rechnungshof hat dann die Objektivierungsnovelle in Oberösterreich überprüft und hat dort eindeutig festgestellt: Der Rechnungshof gelangte zum Schluss, dass die Verfahren zur Bestellung leitender Bediensteter zwar aufwendig sind, aber insgesamt gewährleisten, dass geeignete Bewerberinnen und Bewerber bestellt werden.

Wegen der Bedeutung der Führungskräfte für die Weiterentwicklung der Landesverwaltung war für den Landes-Rechnungshof der Verfahrensaufwand vertretbar. Und er sagt auch, dass durch die Beiziehung externer Personalberater auch Transparenz

im Verfahren gegeben ist. Aufgrund der umfassenden und strukturierten Dokumentation, auch hinsichtlich der Beobachtungs- beziehungsweise Bewertungskriterien, waren die Verfahren für den Landes-Rechnungshof gut nachvollziehbar.

Das heißt, der Landes-Rechnungshof stellt dem Objektivierungsgesetz in Oberösterreich ein gutes Zeugnis aus.

Ich hätte Sie nicht damit belästigt, aber ich muss einfach, wenn da Dinge in den Raum gestellt werden, schon klarstellen, dass sie entweder schlecht recherchiert sind oder aus irgendwelchen anderen Grund eben so formuliert worden sind.

Ich habe im Sinne der Energieeffizienz vier Tagesordnungspunkte zu einem Redebeitrag zusammengefasst. Es ist der Tagesordnungspunkt 6, 13, 18 und 20 und werde dazu Stellung nehmen. Ich bin auf der Rednerliste dann nur drauf, weil ich dort bei diesen Punkten einen Abänderungsantrag einbringe.

Insgesamt beschäftigen sich sieben von 25 Tagesordnungspunkten mit dem Thema Energie. Und ich finde das ganz interessant, dass wir so viele Energiethemen auf der Tagesordnung immer wieder haben, denn die Energiepolitik spielt ja tatsächlich mittlerweile eine besondere Rolle.

Wir waren die erste politische Partei in Österreich, die zu einer Energiewende aufgerufen hat, und mittlerweile haben uns Klimakollaps und Wirtschaftskrise Recht gegeben. Die Abhängigkeit von fossiler Energie hat uns nicht nur eine drohende Klimaveränderung beschert, sondern auch die Versorgung ist nicht mehr sichergestellt.

Ich möchte in diesem Zusammenhang durchaus auch erwähnen, dass in jüngster Vergangenheit auch Positives geschehen ist. Die Bauordnung wurde geändert und die Wohnbauförderung sieht erstmals mehr Geld für Sanierungen als für den Neubau vor.

Das neue Landhaus soll sogar eine Photovoltaikfassade bekommen - eine Vorbildwirkung, die nicht zu übersehen sein wird.

Das energieautarke Güssing dient überall als Vorzeigeprojekt. Auch der Umweltminister Berlakovich präsentiert die südburgenländische Stadt überall wo er hinkommt.

Ankündigungen, dass das Burgenland bis 2013 energieautark sein soll, hören wir sowohl von SPÖ und ÖVP.

Beim ersten Blick würde man meinen, da tut sich wirklich was.

Beim zweiten Blick wird schon sichtbar, dass es sich sehr häufig um Fassadenprojekte jetzt im wahrsten Sinne des Wortes handelt und dass dahinter dann halt oft nichts wirklich Substantielles steht.

Einige Vorzeigeprojekte zu haben, um Aktivitäten zu zeigen, ist zu wenig. Denn wenn wir zwar im Landhaus-Neu bei der Sanierung hoffentlich alle Stückerln spielen lassen und es gleichzeitig hier im Landhaus-Alt bei den Türen hereinschneit, dann ist, glaube ich, wirklich etwas nicht in Ordnung, oder wir im Winter die Fenster aufreißen müssen, weil wir sonst vor Hitze umkommen.

Das heißt, wir würden uns wünschen, dass die öffentliche Hand jetzt in der Wirtschaftskrise zusätzliches Geld in die Hand nimmt und in Sanierungen auch etwas hineinsteckt.

Beim Tagesordnungspunkt über die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen kann man sehen, wie es im Burgenland gehandhabt wird.

Nämlich auf der einen Seite hat der Landeshauptmann diese 15a-Vereinbarung unterschrieben und auf der anderen Seite werden heute alle Anträge, die wir gestellt haben, in Richtung Sonderförderung abgeschmettert.

Ich muss aber sagen, dass ich natürlich heute schon auch gesehen habe, dass die SPÖ heute einen Antrag hat einlaufen lassen, der ja ein bisschen die Situation vielleicht ändert.

Ich habe ihn mitgenommen. Aber die SPÖ wird ihren Antrag inhaltlich kennen. Das heißt, es wird ins Wohnbauförderungsgesetz jetzt hineingeschrieben, dass eine Sonderförderaktion möglich ist. Ich denke, dass das dem Sanierungsscheck und den Vorschlägen, die die ÖVP gebracht hat, möglicherweise entsprechen könnte.

Wir haben diese Verordnung ja nicht in der Hand, es ist ja nur ein Antrag, dass in irgendwelchen Bereichen Sonderförderaktionen gemacht werden. Wir freuen uns. Man hätte sich nicht die Mühe machen können, man hätte diesen Anträgen heute zustimmen können und sie nicht verwässern und abändern und sozusagen nichts hineinzuschreiben.

Denn wir wissen, in der 15a-Vereinbarung steht im Wesentlichen ein Punkt drinnen, den ich herausgreifen möchte, nämlich die Erhöhung der Sanierungsrate. Es steht auch drinnen etwas von der Durchsetzung des Passivhausstandards in der Wohnbauförderung, es steht was drin von Umstellung von 400.000 Haushalten österreichweit auf erneuerbare Energieträger und es steht auch was drinnen vom Ausbau des Ökostroms.

60 Prozent des gesamten Energiebedarfs im Burgenland entfallen auf das Heizen der Wohnungen und Häuser und auf die Warmwasserbereitung. Das heißt, wenn wir bei diesen Punkten ansetzen, können wir sehr viel tun und Energie einsparen ist das Motto.

Die Hälfte des gesamten Wohnbaubestandes im Burgenland wurde zwischen 1945 und 1980 errichtet und das ist genau die Zielgruppe, die auch in der 15a-Vereinbarung steht, wo die Sanierungen ansetzen sollen. Das sind alles Argumente, die alle in unserem Antrag drinnen stehen, der heute von der SPÖ abgelehnt wird.

Es handelt sich hier im Burgenland um mehr als 50.000 Häuser. Deren Energieverbrauch ist siebenmal höher als der Energieverbrauch eines Niedrigenergiehauses und 20-mal höher als der eines Passivhauses. Ein durchschnittliches burgenländisches Haus hat einen Wärmebedarf von 205 kWhm² im Jahr. Bei entsprechenden Sanierungsmaßnahmen könnten hier 70 Prozent der verbrauchten Energie eingespart werden.

Wohnbauförderung und Bauordnung sind zwei wichtige Steuerungsinstrumente und wir haben bei der Novelle dieser Gesetze vieles hineinreklamiert, was hier unbedingt notwendig war.

Wie gesagt, vor allem ist es uns gelungen, in der Wohnbauförderung der Sanierung erstmals einen höheren Stellenwert beizumessen, was uns beim vorletzten Mal in der Novelle nicht geglückt ist.

Meiner Meinung nach, und das habe ich auch bei den Parteienverhandlungen deponiert, wird das aber nicht reichen, um die Sanierungsrate merklich höher zu bringen. Denn derzeit fließen 75 Prozent der Wohnbauförderungsmittel in den Neubau von Einfamilienhäusern und nur 25 Prozent in die Sanierung.

Die vorliegende 15a-Vereinbarung konzentriert sich unter anderem auf die Steigerung dieser Sanierungsraten und zwar im Wortlaut: Die Sanierungsraten sind nachweislich und substantiell anzuheben.

Das heißt, da muss schon ein quantifizierbares Ziel her, das man dann auch nachkontrollieren kann, ob das erreicht worden ist.

Diese wurde ja vom Landeshauptmann schon unterschrieben und der Landtag kann ja das nur mehr im Nachhinein absegnen.

Wir werden dieser 15a-Vereinbarung auf jeden Fall unsere Zustimmung geben, wollen aber trotzdem auch einfordern, dass diese Dinge auch passieren.

Wir wissen, dass das Wirtschaftsforschungsinstitut immer wieder genau die Sanierung auch als Konjunkturmotor ansieht. Wenn wir uns die Arbeitslosenzahlen im Burgenland anschauen, die ja mittlerweile dramatisch in die Höhe steigen und vor allem in Oberwart, im Bezirk Oberwart, wenn Sie sich vielleicht an den letzten ORF-Beitrag erinnern, wo auch vor allem die Bauwirtschaft massiv von dieser Wirtschaftskrise betroffen ist, und Oberwart mittlerweile trauriger Spitzenreiter ist, was die Arbeitslosigkeit betrifft. Und die Betroffenen sind hauptsächlich im Baugewerbe tätig.

Das heißt, wir haben die Möglichkeit, genau in diesem Bereich zusätzliche Landesmittel hineinfließen zu lassen, wozu sich ja die SPÖ bisher geweigert hat, dies zu tun.

Unser Sanierungsantrag liegt ja schon seit Monaten hier im Ausschuss und er wurde immer wieder vertagt, mit der Maßgabe, der Bund hat eh was vor.

Jetzt hat der Bund mit 1. April etwas angekündigt, einen Sanierungsscheck, der genauso heißt wie unserer, wo es um eine Direktförderung geht und zwar 20 Prozent der Investitionskosten bis maximal 5.000 Euro: Unser Antrag war auf 30 Prozent der Investitionskosten und bis maximal 5.000 Euro.

Würde man beide Sanierungsschecks machen, sowohl den einen als auch den anderen, wäre es ein echter Impuls. Man müsste dazu zusätzliches Geld in die Hand nehmen, was bisher, wie gesagt, verweigert wurde.

Bis jetzt wurde kein einziger zusätzlicher Euro für die Sanierung im Burgenland ausgegeben. Das heißt, das, was an Sanierungsmaßnahmen geplant war, wird durchgeführt, aber, wie gesagt, es gibt kein Sonderprogramm. Wir werden ja sehen, ob es zu diesem Sonderprogramm tatsächlich kommt, und wenn es kommt, dann werden wir das auf jeden Fall begrüßen.

Wir haben drei Anträge zur Senkungen der Treibhausgase durch eine bessere Energiepolitik eingebracht, die, wie gesagt, heute alle von der SPÖ abgelehnt werden.

Der Sanierungsscheck wird abgelehnt, die Erhöhung der Direktförderung für Heizkesseltausch wird abgelehnt, die Umstellung der Haushalte auf erneuerbare Energieträger zu forcieren, was in der einen 15-a Vereinbarung beschlossen wird, wird beim anderen Antrag abgelehnt und die Erstellung eines Energieplanes, der die energiepolitischen Ziele des Landes festhält, konkrete Maßnahmen und einen Zeitplan für die Umsetzung beinhaltet.

Die SPÖ will erst Projekte machen, die Ergebnisse koordinieren und eine Gesamtstrategie machen. Was das auf Deutsch heißt, verstehe ich nicht, aber muss ich ja auch nicht verstehen.

Das heißt, die SPÖ marschiert los. Sie weiß zwar nicht wohin, sie weiß auch nicht, ob sie Laufschuhe oder Hausschuhe anzieht oder im Lehnssessel sitzen bleibt, aber Hauptsache sie bewegt sich irgendwo hin.

Zum Tagesordnungspunkt 13 möchte ich kurz etwas sagen. Es handelt sich hier um einen Antrag der SPÖ. Es geht um Forderungen für ein besseres Ökostromgesetz. Diesen Antrag können wir gerne mittragen.

Aber für mich ist das ein Beispiel, dass beide Parteien, sowohl SPÖ als ÖVP, hier im Burgenland was fordern, und im Bund ganz etwas anderes beschließen. Hier tut man so wie wenn und in Wien tut man ganz anders.

Wer hat die bisherige Regelung gemacht, die hier im Antrag kritisiert wird? Waren es nicht SPÖ und ÖVP gemeinsam, die das Antiökostromgesetz beschlossen haben und es jetzt partout nicht verbessern wollen?

Ich frage mich, wozu diese Anträge gestellt werden, wenn die SPÖ auf der Bundesebene ganz etwas anderes tut. Wir haben hier viele Diskussionen gehabt als die SPÖ noch in der Opposition war. Die ÖVP spricht auch von erneuerbaren Energien und von Biomasse und von was weiß ich was alles. (*Abg. Paul Fasching: Wir machen es ja auch.*) Tatsache ist, das Ökostromgesetz auf Bundesebene ist eine Katastrophe. (*Abg. Paul Fasching: Stimmt!*)

Ein absoluter Nonsens. Jeder, der sich mit dem Thema beschäftigt, weiß, dass der Ausbau der erneuerbaren Energien absolut gestoppt worden ist. Und was nützt das, wenn Ihr Euch da erzählt und den BurgenländerInnen erzählt, was Ihr alles wollt und Ihr selber sozusagen auf der anderen Ebene etwas anderes beschließt?

Ich meine, das ist absolut unglaubwürdig und irgendwie denke ich mir, frage ich mich, was ist das da für eine Diskussion und was läuft hier ab?

Alle wollen weg vom Gas, gleichzeitig liegt das Ökostromgesetz in Wien fix und fertig, katastrophal. Es werden elf neue Gaskraftwerke mit der Summe von vier Milliarden Euro geplant. Was ist das bitte für eine hirnrissige Politik?

Die Türkei hat uns schon mit der neuen Nabucco-Gaspipeline erpresst, noch bevor der Spatenstich überhaupt gemacht worden ist.

Das heißt, wir kommen von einer Abhängigkeit in die andere und wenn die fehlgeleiteten Systeme zusammenbrechen und nicht funktionieren, dann zahlen es nicht die Politiker und Politikerinnen, die das entschieden haben, sondern die SteuerzahlerInnen zahlen es. Das haben wir bei der Bankkrise, das haben wir bei der Wirtschaftskrise jetzt, das haben wir überall.

Die Fehlentscheidungen, die aufgrund von politischen Entscheidungen passieren, nämlich eine völlig entfesselte Wirtschaft, eine völlig unkontrollierte Wirtschaft, die Rahmenbedingungen werden von der Politik gemacht. Und wenn das System zusammenbricht und nichts taugt, dann zahlen nicht die PolitikerInnen, sondern dann zahlen die Menschen.

Meine Damen und Herren von der SPÖ und ÖVP, was dieses Thema anbelangt, sind Sie absolut unglaubwürdig. Sie reden das eine und tun ganz was anderes.

Wenn Ihr wirklich so ganz anders denkt als Eure Leute in der Bundespartei, dann frage ich den Herrn Landeshauptmann, er sitzt doch im Parteivorstand, also hört ihm dort niemand zu? Irgendwie verstehe ich das nicht.

Zum Tagesordnungspunkt 18. Da geht es um unseren Antrag, wo wir fordern, dass die Direktförderung für den Heizkesseltausch auf Basis von erneuerbarer Energie erhöht wird und dass der Einbau von Heizsystemen auf Basis von erneuerbarer Energie eine Grundvoraussetzung für eine Förderung darstellen soll. Das lehnt die SPÖ ab.

Wie gesagt, in der 15a-Vereinbarung steht drinnen, die Umstellung von 400.000 Haushalten österreichweit auf erneuerbare Energieträger, man ist aber nicht bereit, mehr zu tun als jetzt. Man ist nicht bereit, mehr Geld da hineinzubuttern, man ist ja nicht bereit.

Heute haben wir den Antrag mit der Sonderförderaktion, wo ja alles Mögliche möglich ist. Wir werden aber sehen, wenn erst die konkrete Geschichte da ist.

Sie schreiben in Ihrem Antrag zwar, dass der Einbau von Heizsystemen auf Basis erneuerbarer Energiequellen forciert werden soll, sind aber zu keiner einzigen Forcierungsmaßnahme bisher bereit gewesen.

Zum Tagesordnungspunkt 20. Unserem Antrag nach einem Energieplan erteilt die SPÖ ebenfalls eine Abfuhr. Sie werden weiter wie bisher planlos und konzeptlos dahineilen. Sie rennen ohne genau zu wissen wohin.

Die SPÖ und die ÖVP, beide behaupten, bis 2013 energieautark zu sein und gleichzeitig sinkt der Ökostromanteil. Wie soll das geschafft werden?

Das ist Reden von blauen Eislutschern, aber ich weiß nicht, was da hinten hinausschauen soll. Sie geben Ziele an, Sie wissen überhaupt nicht, wie Sie dort hinkommen, mit was Sie dort hinkommen und es gibt auch keine Antworten darauf. Im Gegenteil, wie gesagt, Sie entfernen sich durch die Verringerung des Ökostromanteiles vom Ziel und gehen in die Gegenrichtung.

Sie wollen zuerst - laut Ihrem Antrag - völlig unkoordiniert und völlig planlos irgendwelche Projekte machen, die Ihnen gerade einfallen. Dann wollen Sie diese Pläne koordinieren und dann zu einer Gesamtstrategie zusammenfassen.

Lesen Sie sich Ihren eigenen Antrag durch! Also den versteht niemand, der ist konfus wie Ihre Energiepolitik.

Wir werden bei den entsprechenden Tagesordnungspunkten Abänderungsanträge einbringen. Die vorliegenden SPÖ Anträge werden wir ablehnen. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Walter Prior: Nächste Rednerin ist die Frau Abgeordnete Ilse Benkö.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Ilse Benkö (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Wie die Kollegin Krojer bereits erwähnt hat, die Energie- und Umweltpolitik nimmt in der heutigen Landtagssitzung viel Raum ein.

Bei diesem Tagesordnungspunkt 6 geht es um eine 15a-Vereinbarung über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen.

Geschätzte Damen und Herren! Mitbehandeln möchte ich gleich vorweg die Tagesordnungspunkte - ebenso wie die Kollegin - 13, 18 und 20, die inhaltlich in einem Zusammenhang stehen.

Meine Damen und Herren! Der 15a-Vereinbarung werden wir unsere Zustimmung erteilen. Allerdings möchte ich doch einige durchaus kritische Anmerkungen dazu treffen.

Das Wort Klimaziel, das Wort Treibhausgasreduktion, das Wort Kyoto, all diese Wörter haben die umwelt- und energiepolitischen Diskussionen der vergangenen Jahre dominiert.

Man hat sich hohe Ziele gesetzt. Den Weg zu diesen Zielen allerdings schon leider Gottes sehr bald verlassen.

Im vergangenen November hat der Bundesrechnungshof einen Bericht über die Klimastrategie Österreichs auf der Ebene des Bundes veröffentlicht und den verantwortlichen Politikern ein - leider Gottes - wirklich schlechtes Zeugnis ausgestellt.

Im Bericht heißt es zu Beginn, ich zitiere: „Es ist unwahrscheinlich, dass das Kyoto-Ziel mit den nationalen Maßnahmenpaketen der Klimastrategie erreicht werden kann. Selbst bei maximaler Ausnutzung der international zur Verfügung stehenden flexiblen Mechanismen sind wesentlich stärker und schneller wirksame sektorale Maßnahmen im Inland zur Reduktion der Treibhausgasemissionen notwendig. Für die möglichen finanziellen Belastungen bei der Verfehlung des Kyoto-Zieles waren leider Gottes keine Vorsorge getroffen.“

Damit, meine Damen und Herren, hat der Rechnungshof gleich einleitend Folgendes festgestellt:

Erstens. Das Kyoto-Ziel ist wohl nicht zu erreichen. Ich finde es daher doch einigermaßen eigenartig, dass man in der vorliegenden 15a-Vereinbarung noch immer vom Erreichen dieser Ziele spricht. Wie möchte man erfolgreich sein, wenn man den Ist-Stand erst gar nicht zur Kenntnis nimmt und unrealistische Ziele offensichtlich als realistisch einstuft. Das ist wohl die falsche Ausgangsbasis.

Zweitens. Der Rechnungshof stellt fest, dass bereits - man höre und staune - über 500 Millionen Euro österreichisches Steuergeld in den CO₂-Zertifikatshandel investiert wurden. Zudem könnte uns laut Rechnungshof ein EU-Vertragsverletzungsverfahren blühen.

Diese Feststellungen, meine Damen und Herren, zeigen die im Grunde genommen als vorsätzlich einzustufende Verfehlung der selbst gesetzten Ziele. Auf Bundesebene - und auch die Kollegin Krojer hat es angesprochen - haben die verantwortlichen Politiker von ÖVP und SPÖ gründlich versagt.

Und leider Gottes, meine geschätzten Damen und Herren, auf landespolitischer Ebene, wie wohl doch einige Fortschritte, die bereits aufgezählt wurden, gemacht worden sind. Ganz wesentlich anders schaut es leider Gottes auch auf Landesebene nicht aus.

Im Jänner wurden Ergebnisse aus einem Rohbericht des Rechnungshofes über die Klimaziele der Länder bekannt. Viele Bundesländer hätten die gesetzten Ziele nicht erreicht, heißt es. Die Schadstoffe aus Österreichs Heizungen seien seit dem Jahre - man höre und staune - 1990 in manchen der neun Bundesländer sogar mehr geworden. Das Burgenland schneidet an drittletzter Stelle im Ländervergleich nicht besonders gut ab.

Es muss wohl auch unser Herr Landeshauptmann als Wohnbaureferent zur Kenntnis nehmen, dass die bisherigen Anstrengungen nicht ausreichend gewesen sind und die gemeinsam definierten Klimaziele leider Gottes nicht erreicht werden konnten.

Die vorwiegend durch Heizen verursachten Emissionen im Bereich Raumwärme sind im Burgenland im untersuchten Zeitraum um neun Prozent gestiegen.

Die vorliegende 15a-Vereinbarung versucht, dieser gar nicht positiven Entwicklung Herr zu werden. Wir respektieren diesen weiteren Versuch, appellieren aber an die Verantwortlichen im Bund und natürlich auch im Land, sich zukünftig ernsthafter mit diesem Thema auseinanderzusetzen, die Anstrengungen zu erhöhen und Fehlentwicklungen auch als solche einzugestehen, um rechtzeitig notwendige Korrekturen vornehmen zu können.

Was diese 15a-Vereinbarung selbst betrifft, weise ich bereits auf die eingelangten Stellungnahmen dazu hin. Die sind auf der Internetplattform des Parlaments anzusehen

und auch da gibt es durchaus kritische Anmerkungen zu der vorliegenden Vereinbarung, die man genauso ernst wie eben den Rechnungshofbericht nehmen sollte.

Geschätzte Damen und Herren! Herr Präsident! Der Antrag der SPÖ unter Tagesordnungspunkt 13 verlangt die verstärkte Förderung der Ökostromgewinnung. Mit den aufgestellten Forderungen können wir uns auch identifizieren. Auch zu diesem Themabereich hat es bereits mehrere Anträge hier im Hohen Haus gegeben.

Das Grundproblem bei der Ökostromgewinnung ist seit Jahren unverändert und auch das hat die Kollegin Krojer angesprochen.

Ich möchte es vielleicht noch so sagen: Das so genannte Ökostromgesetz ist in Wahrheit ein Antiökostromgesetz. Was uns in Österreich nach wie vor fehlt ist ein Gesetz nach dem Vorbild des Deutschen Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des EEG.

Die Anreize zur Ökostromgewinnung müssen erhöht werden. Die Ökostromproduktion muss nicht nur erschwinglich, sondern rentabel werden.

Ich bedauere es, dass SPÖ und ÖVP im Nationalrat alle darauf zielenden Anträge der FPÖ bislang leider Gottes immer abgelehnt haben.

Diesem SPÖ Entschließungsantrag werden wir unsere Zustimmung erteilen, jedoch mahne ich von Ihnen, meine Damen und Herren von der SPÖ und ÖVP, in den eigenen Parteien zu schauen und sich auf Bundesebene für die Umsetzung der formulierten Forderungen konsequent einzusetzen und dafür einzutreten.

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Der nächste Antrag der Grünen unter dem Punkt 18 der heutigen Tagesordnung bringt uns wieder zur Wohnbauförderung zurück. Neben dem umweltpolitischen Aspekt erneuerbare Energiequellen stellt sich in diesem Zusammenhang natürlich auch die Frage nach der Versorgungssicherheit und nach der Unabhängigkeit des einzelnen Haushaltes und in letzter Konsequenz des gesamten Landes.

Daher können wir auch uns hier den Vorschlägen der Grünen anschließen und die verstärkte Förderung des Heizkesseltausches wird von uns ebenso begrüßt. Da hätte mir gefallen, statt einer fragwürdigen Verschrottungsprämie für Autos, hätte ich lieber eine Verschrottungsprämie für alte, giftige Heizkessel gesehen. *(Beifall)* Danke.

Der Abänderungsantrag der SPÖ, der im Ausschuss von der ÖVP unterstützt wurde, ist Beispiel dessen, was ich vorhin erwähnt habe. Sie wollen keinen und verhindern einen Ausstieg aus dieser Geschichte.

Das ist für mich, Herr Kollege Strommer, Halbherzigkeit. *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Wir haben nur der Zuweisung zugestimmt.)* Ich meine an Ihrer Politik, *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Wir haben nur der Zuweisung zugestimmt, Frau Kollegin.)* meine Damen und Herren von Rot und Schwarz, das gestatten Sie mir, dass ich das hin und wieder kritisiere, weil ich das etwas halbherzig finde. *(Abg. Mag. Werner Gradwohl: Ich werde das dann darstellen.)* Sie verhindern den Weg des Burgenlandes in Wahrheit zur Energieunabhängigkeit und auch, Herr Kollege Strommer, den Ausstieg aus fossilen Energiequellen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Geschätzte Damen und Herren! Beim Antrag der Grünen auf Erarbeitung eines Energieplans unter Tagesordnungspunkt 20 kann ich in demselben Tonfall fortsetzen. Auch diese Forderung der Grünen wird von uns voll und ganz mitgetragen.

Auch diese Forderung diskutieren wir nicht das erste Mal hier im Landtag, denn auch darüber haben wir uns schon unterhalten. Auch der dazu eingebrachte

Abänderungsantrag der SPÖ zeigt uns wieder, dass man es nicht ehrlich meint. Es ist bezeichnend, meine Damen und Herren von der SPÖ und ÖVP, dass Sie in Ihrem Abänderungsantrag selbst ein Gesamtkonzept, eine Gesamtstrategie verlangen.

Das bedeutet im Umkehrschluss, dass die Forderung der Grünen eigentlich vollkommen berechtigt ist, weil es ein solches Gesamtkonzept, einen Energieplan bis heute noch gar nicht gibt. Sie definieren Zielsetzungen und Maßnahmen. Gleichzeitig scheint die linke Hand aber nicht zu wissen, was die rechte tut. Das ist genau jene Politik der Konzeptlosigkeit und Nachlässigkeit, die es auf Bundesebene innerhalb weniger Jahre zustande gebracht hat, dass man die Klimaziele nicht erreicht und in sehr weite Ferne rücken lässt.

Abschließend, geschätzte Damen und Herren von der SPÖ und ÖVP: Nehmen Sie die Energie- und Umweltpolitik endlich ernst und sorgen Sie dafür, dass unser Land unabhängig von Importen und befreit von fossilen Energieträgern wird. Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Zweiter Präsident Kurt Lentsch (*der den Vorsitz übernommen hat*): Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Mag. Werner Gradwohl das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Der erste Schritt in die Richtung Klimastrategie zur Erreichung des Kyoto-Ziels wurde im Jahr 2002, übrigens von der ÖVP dominierten Regierung, gemeinsam mit den Ländern gesetzt. Im Jahr 2006, genau am 22. Jänner, kam es dann zur Umsetzung einer wesentlichen Maßnahme in diese Richtung, nämlich, zur österreichweiten Anpassung der Qualitätsstandards für die Wohnbauförderung.

Das Burgenland hat dazu, das muss man ehrlicherweise auch betonen, als eines der ersten Länder mit Vorarlberg mit der Verbesserung der Wohnbauförderung in Richtung ökologischen Standard die Position des Niedrigenergiehauses getätigt und manifestiert. Einige Länder sind hier noch säumig. Jetzt geht es darum, einen weiteren Sprung nach vorne zu machen und insbesondere bei der thermischen Sanierung von Gebäuden zu einer wesentlichen Verringerung von Treibhausgasen und im Bereich der Raumwärme beizutragen.

Kolleginnen und Kollegen! Die jetzige Bundesregierung hat sich für die laufende Legislaturperiode 2007 bis 2010 ein sehr ambitioniertes Ziel gesetzt, um das es hier in diesem Antrag geht. Um das umzusetzen und nochmals einen Sprung zu machen, bedarf es auch eines kräftigen Engagements der Länder, sprich Wohnbauförderung, der Gemeinden, der privaten Haushalte und der Wirtschaft.

Erstens: Durchsetzung des Passivhausstandards in der Wohnbauförderung. Ich möchte allerdings mit einer Fußnote anmerken, dass dieses Ziel nicht nur sehr ambitioniert ist, sondern, meiner Meinung nach, in der jetzigen Phase sehr schwer erreichbar ist und nur mit einem riesigen Volumen an finanziellen Mitteln zu erreichen wäre.

Ich würde hier mit sehr großer Skepsis diesen Passivstandard allgemein für die Wohnbauförderung zu manifestieren für jedermann, der eine Wohnbauförderung beantragt, als sehr skeptisch ansehen. Aber, als langfristiges Ziel kann ich es mir vorstellen.

Zweitens: Die Steigerung der Sanierungsraten im Wohnbau mit der Umstellung von 400.000 Haushalten auf erneuerbare Energieträger. Auch dieses Ziel ist ambitioniert, aber

sicherlich in einem Zeitraum von fünf bis zehn Jahren erreichbar. Ebenso der Ausbau des Ökostroms.

Hohes Haus! Zur Erreichung dieser Ziele hat die Bundesregierung einen Klimafonds mit einer Dotierung von 500 Millionen Euro zwischen 2007 und 2010 bereitgestellt. Dieser Antrag, diese 15a Vereinbarung, ist ein wesentlicher erster Schritt dazu. Wir stimmen dem zu. *(Beifall bei der ÖVP - Abg. Ing. Rudolf Strommer: Bravo!)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Landtagsabgeordneten Erich Trummer das Wort.

Bitte Herr Kollege.

Abgeordneter Erich Trummer (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Wie schon erwähnt, ist es tatsächlich so und wirklich ein Gebot der Stunde, den Klimawandel zu stoppen, den Ausstoß von Treibhausgasen möglichst weiter zurückzunehmen, natürlich auch erneuerbare Energiekonzepte umzusetzen, vor allem auch Energie effizienter zu nutzen und natürlich auch einzusparen.

Deshalb ist diese vorliegende Vereinbarung zwischen Bund und Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen ein sehr wichtiger Schritt, aber einer von vielen noch weiteren notwendigen Schritten zum Selbstschutz unseres Lebensraumes. *(Zwiesgespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Angesichts dieser Prognosen und der Energiepreisexplosionen im letzten Jahr einigten sich die EU Länder über eine Zielverpflichtung zur Reduktion von Treibhausgasen von 30 Prozent bis 2020 einzugehen. Wir können uns noch erinnern, dass Bundeskanzler Werner Faymann bei diesen Verhandlungen ein sehr starker Motor war.

Meine Damen und Herren! Wir können sehr stolz sein, dass Österreich hier eine treibende Kraft ist und dass wir im Burgenland in diesem Bereich, wie wir jetzt schon auch gehört haben, längst Vorreiter sind. Denn wie es in der vorliegenden Vereinbarung heißt, sind etwa 73 Prozent der Kohlendioxidemissionen aus Anlagen aus Wohngebäuden.

Genau deshalb ist bei uns schon seit einiger Zeit eine sehr ökologische Wohnbauförderung in Kraft, die, wie es in der Art. 15a Vereinbarung heißt, die Wohnbauförderung als wesentliches Instrument zur Umsetzung dieser Maßnahmen vorsieht und bei Neubauten eine sehr hohe Energieeffizienz genauso vorsieht und die thermische Sanierung bei veralterten Gebäudebeständen forciert.

Diese weitsichtige Initiative von Landeshauptmann Hans Niessl findet auch eine breite Anerkennung. So berichtete beispielsweise die Kronen Zeitung bereits am 8.10.2008 von einer erfolgreichen ökologischen Zwischenbilanz im Burgenland, wo geschrieben steht: „Ökologischer Wohnbau, weniger Gift in der Luft.“ Wie eine aktuelle Studie aufzeigt, sank der Ausstoß an giftigem Kohlendioxid 2007 in 18.500 burgenländischen Haushalten um insgesamt 31.700 Tonnen.

Landeshauptmann Hans Niessl betont, dass die Einsparung an Kohlendioxid durch Ökomaßnahmen im Wohnbau 2007 den Verbrauch von zwölf Millionen Liter Heizöl entspricht. Die Studie der österreichischen Energieagentur belegt auch, dass der Wärmebedarf durch Dämmung in sechs Jahren um 18 Prozent gesenkt werden konnte. Herr Landeshauptmann! Der starke Anstieg bei Biomassezentralheizungen und Biomassefernwärme ist für mehr als ein Drittel der eingesparten Tonnen an Kohlendioxid verantwortlich.

Herr Landeshauptmann! Ich glaube, da kann man wirklich sehr herzlich zu dieser erfreulichen Zwischenbilanz und zu diesem neuen burgenländischen ökologischen Weg gratulieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine Damen und Herren! In der vorliegenden Vereinbarung sind aber nicht nur Energieeffizienzmaßnahmen für den privaten Wohnbau enthalten, sondern es wird auch besonders auf die ökologische und energieeffiziente Gestaltung öffentlicher Bauten eingegangen. Aber auch hier ist Landeshauptmann Hans Niessl ein umweltfreundlicher Motor, der bereits vor Jahren die Stromautarkie des Burgenlandes aus erneuerbarer Energie bis 2013 als klares Ziel definiert hat.

Ich möchte schon auch bemerken, dass die neue Verordnung vom Bundesminister Mitterlehner, insbesondere diese Ökostromverordnung, diesen Weg nicht unterstützt, sondern eher Prügeln in den Weg wirft. Besonders die Windenergie ist natürlich hier sehr stark benachteiligt worden. Aber dazu gilt es heute noch einen eigenen Antrag zu behandeln.

Entsprechend gestaltet wird beispielsweise derzeit auch das Landhauses-Neu mit einer thermischen Sanierung inklusive einer Photovoltaikanlage.

Weiter zu diesem Artikel 14 der vorliegenden Vereinbarung heißt es: Ein wesentlicher Teil der öffentlich genutzten Gebäude liegt im Verantwortungsbereich der Gemeinden. Um zu gewährleisten, dass auch auf Ebene der Gemeinde möglichst weitgehende Maßnahmen zur Verbesserung des Gebäudebestandes beziehungsweise zur Errichtung besonders energieeffizienter Gebäude umgesetzt werden, sollen die Länder in geeigneter Weise und unter Berücksichtigung der Möglichkeiten auf die Gemeinden einwirken, um die energieeffiziente Errichtung und Sanierung von Gebäuden zu beeinflussen.

Meine Damen und Herren! Auch hier ist Landeshauptmann Hans Niessl seit langer Zeit aktiv. Das Projekt ECO, wenn ich in Erinnerung rufen darf, das Projekt zur Energieoptimierung in Gemeinden, steht beispielsweise schon auf Schiene. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Bis heute lebt das Projekt nicht. Das Projekt lebt nicht. Bis heute nicht.)*

Wenn Sie es nicht kennen, Frau Abgeordnete, dann muss es nicht heißen, dass es dieses Projekt nicht gibt. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Es lebt in Dir.)* Sie werden wahrscheinlich viele Dinge nicht kennen, die es gibt. Das gibt es nämlich sehr wohl. Auch in meiner Gemeinde habe ich bereits dieses Projekt beschlossen. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Dann wurdest Du in Deiner Gemeinde bevorzugt.)*

Nein, viele andere Gemeinden im ganzen Burgenland haben ebenfalls dazu bereits einen Beschluss gefasst. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Es gibt nichts. Angemeldet vielleicht, aber es gibt nichts.)*

Es steht auf Schiene und es wird in diesem Jahr starten. *(Abg. Maga. Margarethe Krojer: Eine Power Point Präsentation und sonst nichts. - Zwiegespräche in den Reihen der Abgeordneten)*

Gut. Sie glauben es nicht, denn Sie sind sowieso gegen alles. Ich nehme das so zur Kenntnis. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Wir sind nicht gegen alles.)*

Ich sage Ihnen aber auch, Frau Klubobfrau, dass - zugegeben - ich persönlich schon auch etwas stolz bin, dass der Herr Landeshauptmann auch unser Vorreiterprojekt in Neutal, den Bau der ersten Ökoschule als Passivhaus im Burgenland von der ersten Minute an besonders kräftig unterstützt hat.

Mit dieser fortschrittlichen Technologie wird nicht nur das Bewusstsein bei der Bevölkerung für ökologisches Bauen gestärkt, sondern vor allem die Kinder erleben und begreifen im wahrsten Sinne des Wortes die künftigen Öko-Standards.

Wir wollen aber mit der ersten Ökoschule des Landes nicht nur mit dem minimalsten Energieaufwand auskommen, der durch erneuerbare Träger gedeckt wird, sondern selbstverständlich wird insgesamt auf die Verwendung natürlicher und gesundheitsfördernder Materialien, wie zum Beispiel auf sehr viel Holz, bis hin zur Verwendung eines energieschonend hergestellten Ökobetons sehr viel Wert gelegt.

Meine Damen und Herren! Vieles, was in der vorliegenden Vereinbarung enthalten ist, wird bei uns im Burgenland bereits seit Jahren sehr intensiv verfolgt.

Ich bedanke mich deshalb sehr herzlich bei Herrn Landeshauptmann Hans Niessl für seine Unterstützung und vor allem auch für seine Initiativen, mit denen er aus der Energiewende die Chance für neue Arbeitsplätze um den Wirtschaftsstandort Burgenland positiv gestaltet.

Selbstverständlich werden wir als sozialdemokratische Fraktion diesen Maßnahmen und somit auch die vorliegende Artikel 15a Vereinbarung unterstützen.
(Beifall bei der SPÖ)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Da keine Wortmeldungen mehr vorliegen, hat der Herr Berichterstatter das Schlusswort. *(Abg. Willibald Stacherl: Ich verzichte!)*

Der Herr Berichterstatter verzichtet auf das Schlusswort, wir kommen daher zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Beschlussantrag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern über Maßnahmen im Gebäudesektor zum Zweck der Reduktion des Ausstoßes an Treibhausgasen wird gemäß Art. 81 Abs. 2 L-VG einstimmig zugestimmt.